



WKÖ-Mahrer: Klimakrise im Dialog mit der Wirtschaft bewältigen

Klimakonferenz der Wirtschaftskammer: Spagat zwischen Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit schaffen

28.11.2022, 14:30



© WKÖ/DRAGAN TATIC

"Wer die Klimawende verantwortungsvoll denkt, muss zwingend über die Rahmenbedingungen sprechen, in denen dies passiert. Die Frage ist, wie schaffen wir die Transformation und bleiben dabei ein erfolgreicher und wettbewerbsfähiger Wirtschafts- und Beschäftigungsstandort? Das gelingt, wenn wir Klimaschutz unter dem Einsatz von Innovationen und in neuen Technologien den Hebel für künftigen Wohlstand sehen und den Unternehmen Planungssicherheit geben, um bestehende Ziele auch erreichen zu können", sagt Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, im Rahmen der Eröffnung der Klimakonferenz in der WKÖ.

Rund 300 Unternehmer:Innen und Expert:Innen tauschen sich heute, Montag, in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) darüber aus, welche Rahmenbedingungen es braucht, um nicht nur die Klimawende erfolgreich zu bewältigen, sondern auch den Spagat zwischen Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen. "Oft wird der Vorwurf laut, Österreich tue zu wenig in Sachen Klimaschutz – das Gegenteil ist der Fall. Unzählige Wirtschaftsdelegationen aus den verschiedensten Ländern sehen sich bei uns Best-Practice-Beispiele hinsichtlich Innovation

und Grüne Technologien an“, so der Präsident weiter. Insofern sei es von größter Bedeutung, die Klimakrise im Dialog mit der Wirtschaft zu bewältigen, denn „gegeneinander kann das nicht funktionieren. Zu diesem Dialog wollen wir mit der heutigen Konferenz einen Beitrag leisten. Das Ziel des heutigen Tages ist das Bewusstsein, dass es einen Gesamtplan braucht“.

Auch Bundeskanzler Karl Nehammer hob die Wichtigkeit eines Dialogs hervor und betonte: „Die Klimawende kann nie gegen die Wirtschaft erfolgen, sondern nur mit ihr. Wenn wir gemeinsam erfolgreich sein wollen, braucht es Mut statt Angst und Verzweiflung, aber auch Realismus, für das, was möglich und notwendig ist.“ Hinsichtlich der Bewältigung der Energiekrise habe Österreich bereits viel getan, betonte Nehammer: „Während Deutschland erst jetzt von 200 Milliarden Investitionen spricht, sind in Österreich im Laufe der letzten Monate bereits zahlreiche Maßnahmen gesetzt worden - von der Abschaffung der kalten Progression im Zuge der ökosozialen Steuerreform bis hin zum Energiekostenzuschuss und der Strompreiskompensation. Und wir werden noch weiter investieren, um unseren Wirtschaftsstandort abzusichern und gut durch die Krise zu kommen.“ Es brauche aber weiter Verbesserungen bei Rahmenbedingungen wie etwa schnellere Genehmigungsverfahren und die Entschlossenheit, wichtige Energieinfrastrukturprojekte auch umzusetzen. Kritik äußerte Nehammer an der europäischen Ebene, die „derzeit schwierig und oft wenig hilfreich ist - nicht zuletzt, weil wir eine extrem heterogene Energiemarktlage unter den EU-Mitgliedstaaten haben.“

Nehammer: Werden weiter investieren, um Wirtschaftsstandort abzusichern

Die Problematik nationaler Alleingänge unterstrich auch WIFO-Chef Gabriel Felbermayr in seinem Statement: „Deutschland macht nicht nur Strom, sondern auch Gas billiger. Wir geraten also unter Zugzwang. Noch gibt es Unsicherheiten hinsichtlich des EU-Beihilferahmens. Wenn aber letztlich klar ist, was Deutschland tun wird, werden wir nachziehen müssen.“ Auch Felbermayr betonte abschließend, wie schon vor ihm Bundeskanzler Nehammer, die Wichtigkeit eines gemeinsamen europäischen Handelns: „Kernproblem bleiben die hohen Gaspreise. Der bereits angedachte gemeinsame Gaseinkauf wäre daher ein gangbarer Weg, oder auch gemeinsame strategische Gasreserven nach Vorbild der USA. Da lägen wichtige Hebel, die es zu nutzen gilt.“

(PWK498/RA)

Das könnte Sie auch interessieren

Buchtip: Die Erweiterung

Robert Menasse | Suhrkamp Verlag, 2022 > mehr



Lehrlingszahlen steigen wieder: Großes Plus bei Lehranfängern

WKÖ-Generalsekretärin Kühnel: Gutes Zeichen für heimischen Arbeitskräftestandort > mehr



WKÖ EU-Wirtschaftspanorama 5/2023

Ausgabe 10. Februar 2023 > mehr